
Ernst Breit

Kernpunkte gewerkschaftlicher Politik in den achtziger Jahren

Grundsatzreferat auf dem 12. Ordentlichen
DGB-Bundeskongreß vom 16. bis 21. Mai 1982 in Berlin

Ernst Breit, geboren 1924 in Rickelshof/Kreis Dithmarschen, trat 1941 als Postinspektoranwärter in den Dienst der damaligen Deutschen Reichspost ein. Von 1942 bis 1945 war er Soldat und geriet in Gefangenschaft. Nach der Entlassung kam er wieder zur Post und wurde 1946 Mitglied der Deutschen Postgewerkschaft (DPG). 1948 amtierte Ernst Breit als örtlicher Betriebsrat beim Postamt Heide/Holstein, 1952 wurde er ehrenamtliches Mitglied des Vorstandes der DPG im Bezirk Kiel. Von 1953 bis 1959 fungierte Ernst Breit als ehrenamtlicher Vorsitzender des Bezirks Kiel der DPG. Von 1956 bis 1959 war er dienstlich als Amtsvorsteher des Postamtes Neustadt/Holstein tätig und wurde 1956 zum Mitglied des Bezirkspersonalrats bei der Oberpostdirektion Kiel gewählt. Von 1959 bis 1971 war er Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Bundespostministerium. Seit 1953 gehört Ernst Breit dem Hauptvorstand der DPG an; am 1. November 1971 wurde er zum DPG-Vorsitzenden gewählt. Seit 1972 fungiert Breit als stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der Bundespost, seit 1972 ist er Mitglied des Vollzugsausschusses der Internationale des Personals der Post-, Telegrafien- und Telefonbetriebe (IPTT), und 1978 wurde er zum Präsidenten der IPTT gewählt. Ernst Breit gehört seit 1956 der SPD an. Der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongreß 1982 in Berlin wählte Ernst Breit mit 499 von 522 Stimmen zum DGB-Vorsitzenden.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich will eine Vorbemerkung machen: Mit diesem Referat kann und will ich der Beratung der Anträge und den Beschlüssen dazu nicht vorgreifen.

Auf der anderen Seite gibt es das berechnete Interesse, noch vor der Beratung der Anträge und vor den Beschlüssen vom neuen DGB-Vorsitzenden einiges über das zu hören, was er für die Kernpunkte der Politik des Deutschen Gewerkschaftsbundes in den 80er Jahren hält.

I.

Diesem Interesse folgend, möchte ich zum Ausgangspunkt meiner Aussagen unser im März des vergangenen Jahres beschlossenes Grundsatzprogramm wählen und erinnern an die alte Diskussion, die um die Frage geführt wurde, ob die Gewerkschaften in unserem Land Gegenmacht oder Ordnungsfaktor zu sein hätten.

Zunächst einmal: Die Gewerkschaften als Gegenmacht. Was heißt das? Meine Antwort: Selbstverständlich sind Gewerkschaften Gegenmacht, Gegenmacht nämlich zu Unternehmermacht; das zeigt sich doch bei jeder Tarifverhandlung. Unternehmermacht gründet sich auf die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Arbeitsplätze; die Gegenmacht der Gewerkschaften resultiert aus dem freiwilligen Zusammenschluß der Arbeitnehmer und aus der von ihnen geübten Solidarität.

Gewerkschaftliche Gegenmacht zur Unternehmermacht - das ist das eine. Das andere ist die Frage danach, ob Gewerkschaften auch im parlamentarischen System Gegenmacht auszuüben hätten.

Diese Frage will ich verneinen. Macht, die dem Parlament zukommt, Macht, die zum Regieren gehört, diese Macht ist - im Gegensatz zur Unternehmermacht - demokratisch legitimiert; sie ist abrufbar, und jeder Bürger kann sich an ihrem Zustandekommen beteiligen. Das bedeutet natürlich nicht, daß Gewerkschaften sich Parteien, Beschlüssen des Parlaments und dem Handeln einer Regierung gegenüber abstinenter zu verhalten hätten. Politisch neutral können die Gewerkschaften nicht sein, parteipolitisch unabhängig müssen sie sein.

Politisch neutral können und dürfen die Gewerkschaften nicht sein, wenn es zum Beispiel darum geht, die Programme der Parteien, die Beschlüsse des Parlaments und das Handeln der Regierung an dem zu messen, was wir, die Gewerkschafter, aufgrund der Beschlüsse unserer Gewerkschaftskongresse für wirtschaftspolitisch vernünftig und gesellschaftspolitisch geboten halten.

Und wenn wir mit der Elle unserer Beschlüsse die Programme der Parteien messen, so gibt es für mich nach dem diesjährigen Parteitag der SPD in Mün-

chen keinen Zweifel daran, daß diese Partei wesentliche Vorstellungen der Gewerkschaften zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu ihren eigenen Vorstellungen gemacht hat. Ich möchte dies ausdrücklich begrüßen, zugleich aber auch davor warnen, in diesen Beschlüssen schon die Garantie ihrer Verwirklichung zu sehen.

Wer gelesen hat, was Graf Lambsdorff über diese Beschlüsse gesagt hat - er hat sie als „sozialistisches Marterwerkzeug“ verteufelt -, der weiß, was ich meine. Aber vielleicht überprüft die FDP ihre Position auch einmal auf diese Weise, daß sie erkennt: Es mag zwar Liberalismus sein, die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu fordern. Es ist aber Dogmatismus, von vornherein Vorschläge vom Tisch zu wischen, die geeignet sein könnten, Arbeitsplätze zu schaffen und damit Menschen zu helfen, die ohne Arbeit sind und die deswegen ihre Persönlichkeit nicht frei entfalten können.

Und wie verhielten sich die Unionsparteien? Sie ließen sich in der Sache nicht weiter ein und begnügten sich vielmehr damit, mehr oder weniger genüßlich darauf hinzuweisen, in diesen Beschlüssen stecke viel Sprengstoff für den Fortbestand der sozial-liberalen Koalition. Solche Stellungnahmen helfen uns Gewerkschaftern nicht; sie sind nichts anderes als Ausdruck der Taktik, der sicherlich legitimen Taktik, auf Umwegen näher an die Regierungsmacht heranzukommen - nach dem Motto: Wenn zwei sich streiten, lacht der Dritte oder der Vierte (wie ich im Falle von CDU und CSU hinzufügen muß).

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um Mißverständnissen vorzubeugen: Kritische Äußerungen zur Politik der Parteien stellen die Einheitsgewerkschaft nicht in Frage, im Gegenteil: Solche kritischen Äußerungen unterstreichen die Unabhängigkeit von politischen Parteien.

Die gewerkschaftliche Organisation nach dem Prinzip „Ein Betrieb - eine Gewerkschaft“, die Abkehr von Standesorganisationen und die Absage an Richtungsgewerkschaften unterschiedlicher parteipolitischer Anbindung - alles das also, was wir unter dem Begriff der Einheitsgewerkschaft verstehen, wird zu Recht nicht nur in unserem Lande als historisch bedeutsame Leistung angesehen.

Nichtsdestoweniger: Auf diese Leistung können wir stolz sein, nicht nur der tarifpolitischen Erfolge wegen, die wir kraft der Stärke der Einheitsgewerkschaft erreichen konnten; wesentlich kommt hinzu, daß es dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Mitgliedsgewerkschaften kraft ihrer Einheit auch gelungen ist, seit 1949 zu dem beizutragen, was wir die Verwirklichung sozialstaatlicher Prinzipien nennen.

Und genau an diesem Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich auf die zu Anfang formulierte Frage nach den Gewerkschaften als Gegenmacht oder Ordnungsfaktor zurückkommen. Sozialstaatliche Prinzipien: die Tarifautonomie gehört dazu, die Mitbestimmung, das System der sozialen Sicherheit gehören dazu. Kein Zweifel: Die Tarifautonomie, die den Tarifvertragsparteien Freiheit bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen läßt, überträgt auch den Gewerkschaften eine Ordnungsaufgabe, macht die Gewerkschaften insofern zum Ordnungsfaktor im sozialen Leben. Kein Zweifel: Die Mitbestimmung, auch wenn sie noch nicht voll verwirklicht ist, schließt Mitverantwortung ein, und Mitverantwortung integriert in Richtung Ordnungsaufgabe. Als drittes: das System der sozialen Sicherheit. Die Selbstverwaltung in diesem System, die Beteiligung von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern an dieser Selbstverwaltung, weist ebenfalls in Richtung Ordnungsfaktor, zumindest im Rahmen dieser Selbstverwaltung.

Wenn wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Bundesrepublik Deutschland von einem Sozialstaat sprechen können, dann nicht zuletzt deswegen, weil die Gewerkschaften diesen Staat wesentlich mitgestaltet haben. Und diese Mitgestaltung war nur möglich, weil sich Einheitsgewerkschaften über Parteigrenzen hinweg einig waren in dem Ziel: Wir gestalten diesen Staat mit!

Daraus, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben dann die Arbeitgeber immer wieder in entgegengesetzter Richtung politisches Kapital zu schlagen versucht: Sie sprachen und sprechen nicht vom Sozialstaat, sie polemisierten und polemisieren mit dem verketzernden Wort vom "Gewerkschaftsstaat". Da wird so getan, als ob es etwas Verwerfliches wäre, den Bedürfnissen und Interessen der Masse der Bürger, der Arbeitnehmer nämlich, entgegenzukommen.

Meine Schlußfolgerung lautet: Wenn es so sein sollte, daß sozialstaatliche Leistungen in unserem Land den Beweis liefern für die Existenz eines Gewerkschaftsstaates, dann wird jeder Arbeitnehmer, der dieser Leistungen teilhaftig wird, den Gewerkschaftsstaat begrüßen! Aber das ist den Arbeitgebern auch klar: Die polemisch gemeinte Gleichsetzung von Sozialstaat und Gewerkschaftsstaat gibt alleine noch nicht Munition genug zum Angriff auf die Gewerkschaften.

Das Instrumentarium der Angriffe mußte und muß verfeinert werden, das Schreckgespenst von der Funktionärsherrschaft wurde erfunden, plötzlich wußten die Arbeitgeber, wie die vielzitierte gewerkschaftliche Basis denkt, und sobald ein Funktionär der Gewerkschaften die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes in Zweifel zog, war er schon auf dem besten Wege, so-

zialistische Planwirtschaft zu propagieren und der Marktwirtschaft den Garaus zu machen. Diese Leier kennen wir in verschiedenen Variationen nun seit Jahren. Die Leierkastenmänner, die diese Leier drehen, kennen wir auch seit Jahren. Ich meine, es ist hoch an der Zeit, diesen Leierkastenmännern ein für allemal das Gehör zu versagen.

II.

Aber: Diesen Leierkastenmännern ein für allemal das Gehör zu versagen, ist nicht das einzige, was notwendig ist. Notwendig ist auch, in den eigenen Reihen jedwedes Handeln zu unterlassen, das dazu geeignet sein könnte, das Repertoire der Leierkastenmänner zu vergrößern.

Aus der Bibel kennen wir das Wort von dem Splitter im Auge des anderen und dem Balken im eigenen Auge. Und wir wissen: Leute mit einem Balken im eigenen Auge zeigen gern mit dem Finger auf den Splitter im Auge des anderen. Geben wir den Leuten mit dem Balken im eigenen Auge keine Möglichkeit für einen Fingerzeig auf uns, sorgen wir dafür, daß das Fehlverhalten einzelner früherer Vorstandsmitglieder der Neuen Heimat nicht zurückschlägt auf 5000 Beschäftigte, die für den Wohnungsbau und die Gemeinwirtschaft seit Jahren redlich ihre Pflicht taten und tun!

Sorgen wir dafür, daß sich nicht wiederholt, was geschehen ist: daß führende Vertreter dieser Unternehmen vergessen haben, woher sie kommen und wem sie jedenfalls ideell Rechenschaft schuldig sind: nämlich nicht irgendwelchen Aktionären und Coupon-Schneidern, sondern Gewerkschaftsmitgliedern und deren gewählten Vertretern.

Sorgen wir außerdem dafür, daß das Fehlverhalten einzelner früherer Vorstandsmitglieder der Unternehmen nicht die Idee der Gemeinwirtschaft zuschanden werden läßt! Arbeitsplatz und Wohnung - beides gehört für jeden von uns zu den unverzichtbaren Lebensgrundlagen.

Die Gewerkschaften setzen sich für sichere und menschengerecht gestaltete Arbeitsplätze ein, und nach dem Krieg, als es darum ging, Trümmer wegzuräumen und neue Wohnungen zu bauen, war die Neue Heimat zur Stelle. In den Jahren danach fanden und finden Menschen, die eine Wohnung suchen, in der Tat in Wohnungen der Neuen Heimat eine neue Heimat. Die Mieter genossen schon lange vor Einführung des sozialen Mietrechts prinzipiell Dauerwohnrecht, und jeder in diesem Saal, der sich an die fünfziger und die frühen sechziger Jahre erinnert, wird wissen, was das bedeutet, Dauerwohnrecht zu haben.

Zusammengefaßt meine ich: Alle, die heute zu Recht kritisch das Fehlverhalten einzelner früherer Vorstandsmitglieder der Neuen Heimat unter die Lupe nehmen, sollten dabei nicht vergessen, daß die Neue Heimat ihren erheblichen Teil zur Schaffung familiengerechter und vom Mietzins her erträglicher Wohnungen beigetragen hat.

Ein weiteres kommt hinzu: Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen müssen noch mehr als bisher Öffentlichkeit herstellen, Öffentlichkeit gegenüber unseren Mitgliedern, gegenüber den Verbrauchern, gegenüber den Bürgern schlechthin. Die wirksamste Kontrolle ist Öffentlichkeit. Gewerkschaftsmitglieder, Verbraucher, Bürger überhaupt, können, sollen und müssen wissen, was durch gemeinwirtschaftliche Unternehmen zu welchem Zweck und zu wessen Nutzen auf welche Weise produziert und angeboten wird.

Allerdings: Auch gemeinwirtschaftliche Unternehmen können keine Bäume ausreißen. Die Konkurrenz ist stark. Die Märkte sind hart umkämpft. Und der Gemeinwirtschaft kann am Ende nicht mehr abverlangt werden, als sie im Konkurrenzkampf zu leisten vermag.

III.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sprach eben davon, daß Arbeit zu den unverzichtbaren Lebensgrundlagen eines jeden von uns gehört. So unverzichtbar Arbeit als Lebensgrundlage ist, so klar ist auch, daß Arbeit harter Zwang sein kann, wenn die Arbeitsbedingungen nicht stimmen. Nichtsdestoweniger: Arbeit zu haben sichert Einkommen. Und ohne Einkommen kann niemand von uns leben.

Arbeit zu haben ist aber mehr als nur die Quelle für Einkommen. Arbeit zu haben, füllt den Tag mit Inhalt. Arbeit zu haben, schafft sozial wichtige Kontakte mit Kolleginnen und Kollegen im Betrieb. Arbeit zu haben, die zufriedenstellt, erhöht das Selbstwertgefühl jedes einzelnen.

Umgekehrt heißt das: Keine Arbeit zu haben, macht den Tag inhaltsleer. Keine Arbeit zu haben, beraubt der sozialen Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen. Keine Arbeit zu haben, vermittelt das deprimierende Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, überflüssig zu sein.

Arbeitslosigkeit zu bekämpfen - das ist unser erstes Ziel in diesen Jahren!

Das Problem der Arbeitslosigkeit ins allgemeine Bewußtsein gebracht zu haben - das halte ich für ein Verdienst des Deutschen Gewerkschaftsbundes

und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Die Solidarität, die jedes Gewerkschaftsmitglied seinen Kolleginnen und Kollegen schuldet, diese Solidarität erstreckt sich nicht nur auf diejenigen, die Arbeit haben. Diese Solidarität bezieht auch und ausdrücklich die Solidarität mit denjenigen Kolleginnen und Kollegen ein, die keine Arbeit haben.

Diese Solidarität meint außerdem die Solidarität mit denjenigen, die zwar noch Arbeit haben, aber mit Blick auf Vorhaben der Rationalisierung fürchten müssen, morgen keine Arbeit mehr zu haben.

Und drittens gilt diese Solidarität den jungen Menschen in unserem Land, die nicht etwa aussteigen wollen, nein, die einsteigen wollen, die aber keinen Ausbildungsplatz finden und schon deswegen die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz weit zurückgestellt haben.

Solidarität, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist aber nicht nur eine Angelegenheit der Gewerkschaftsbewegung. Solidarität ist, wenn ich es recht sehe, auch die grundlegende Idee unseres rechts- und sozialstaatlich verfaßten Gemeinwesens. Auch die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land müssen zusammenstehen, zusammenstehen wahrlich nicht im Sinne einer Schicksalsgemeinschaft; zusammenstehen aber in dem Sinne, daß unser Gemeinwesen nur funktioniert, wenn jeder einzelne bei dem, was er tut oder zu tun unterläßt, auch die Belange aller anderen im Auge behält.

Es ist eine Wahrheit: Viele von denjenigen, die hohe Einkommen beziehen, die zufriedenstellende Arbeit und angenehme Wohnungen haben, scheinen am wenigsten bereit zu sein, zur Finanzierung dessen beizutragen, was den sozial Schwächeren, den Arbeitslosen aus von ihnen selbst nicht verschuldeter Notlage helfen könnte.

Der deutsche Gewerkschaftsbund sagt nach wie vor: Wir brauchen mehr Arbeitsplätze. Der Deutsche Gewerkschaftsbund sagt: Wir brauchen ein Beschäftigungsprogramm, das Arbeitsplätze dort schafft, wo sie nicht zuletzt auch gesellschaftspolitisch sinnvoll sind.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund sagt außerdem: Für die Schaffung solcher Arbeitsplätze muß dem Staat finanzieller Spielraum geschaffen werden. Eine Ergänzungsabgabe auf die Steuerschuld höherer Einkommen könnte ein Mittel dazu sein. Und gerade an diesem Punkt fehlt es an dem, was ich eben als notwendig bezeichnet habe: an der Solidarität der Bezieher hoher Einkommen mit den sozial Schwächeren in unserem Land. Ich bedaure es außerordentlich, daß alle Vorschläge, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, von der

Seite der Finanzierung her immer wieder in den Reißwolf der Interessen der Bezieher höherer und hoher Einkommen gezerzt werden.

Es scheint so, als ob manche Leute total vergessen haben, wozu die Massenarbeitslosigkeit Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre maßgeblich beigetragen hat: zu einer politischen Entwicklung, an deren Folgen die Welt heute noch zu tragen hat. Wir haben nicht die Absicht, die Wiederholung der gleichen Fehler tatenlos zuzulassen.

Wir alle wissen, wie mühsam es für die sozial-liberale Koalition war, die Gemeinschaftsinitiative für mehr Beschäftigung auf den Weg zu bringen. Was den Inhalt der Initiative angeht, so läßt sich sagen, daß bei uns zwar durchaus Zweifel bestehen, ob die Investitionszulage, die den Unternehmern gewährt werden wird, auch tatsächlich dazu führen wird, mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

In diesem Zusammenhang halte ich eins für wesentlich: Durch den Kompromiß, der am Mittwoch der vergangenen Woche im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat erzielt wurde, scheint wenigstens die Zeit vorbei zu sein, in der es möglich war, mal mit diesem und mal mit jenem Argument über den vorzeitigen Tod der Gemeinschaftsinitiative überhaupt zu spekulieren. Denn gerade diese Spekulationen, ausgelöst durch die Haltung der Unionsparteien im Bundesrat, haben zeitweise genau zu dem geführt, was vermieden werden sollte: zur Verunsicherung der potentiellen Investoren.

Zur Finanzierung der Gemeinschaftsinitiative noch ein Wort: Nach dem Kompromiß im Vermittlungsausschuß verzichtet die Koalition auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Investitionszulage soll nach dem Votum des Vermittlungsausschusses aus den ordentlichen Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden finanziert werden. Dafür muß Geld zur Verfügung stehen. Und es sei schon jetzt vorsorglich darauf hingewiesen: Sollte zumindest eine teilweise Finanzierung durch Einsparungen infolge des Abbaus sozialer Leistungsgesetze angepeilt sein, dann wäre mit unserem Widerstand zu rechnen. Das nämlich wäre dann unter Umständen eine Politik nach dem Motto: Den einen wird gegeben, ohne im einzelnen zu wissen, was damit auf welche Weise gemacht wird. Und den anderen wird genommen - im Wissen darum, daß sie ohnehin nicht viel haben.

IV.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir der Arbeitslosigkeit den Kampf angesagt haben, dann können aber nicht nur die Parteien, das Parlament und

die Bundesregierung unsere Adressaten sein. Gefordert sind auch und gerade die Arbeitgeber.

Es ist ebenso unverständlich wie gesellschaftspolitisch fahrlässig, ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nämlich die Arbeitszeitverkürzung, in dieser Situation immer noch zum Tabu zu erklären. Aber neu ist das ja nicht: Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen war schon immer eine schwierige Sache; man denke nur daran, wie lange in früheren Zeiten die Arbeitgeber zäh und verbissen den Zwölfstundentag verteidigt haben.

Nur finden wir heute veränderte Rahmenbedingungen vor: Wachsende Arbeitslosigkeit, nach wie vor zu verzeichnende Fortschritte der Produktivität und nach wie vor festzustellende Stagnation beim Wachstum machen nun einmal die ernsthaftesten Überlegungen darüber notwendig, wie wir weniger Arbeit auf eine größere Zahl von Menschen verteilen können, die arbeiten wollen und auch arbeiten müssen.

Gewiß, das Thema der Arbeitszeitverkürzung ist differenziert zu betrachten. Von Branche zu Branche, von Industriezweig zu Industriezweig muß es den zuständigen Tarifvertragsparteien überlassen bleiben, sich dieses Themas anzunehmen. Nur: Die Tarifvertragspartei Gewerkschaft kann es nicht dulden und auf Dauer hinnehmen, daß Gegenstände, über die sie verhandeln will, von der anderen Seite von vornherein durch Tabu-Kataloge vom Verhandlungstisch verbannt werden.

Reden wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, von den Arbeitgebern, so ist es auch an der Zeit, darauf hinzuweisen, daß die Arbeitgeber fleißig dabei sind, die Beschäftigungskrise gegen die Humanisierung der Arbeitsbedingungen auszuspielen. Das ist keine bloße Behauptung, das ist Realität, und das kann man allenthalben erfahren, wenn man mit Betriebsräten spricht. Anforderungen an die Leistung des einzelnen Arbeitnehmers werden hochgeschraubt, im Falle der Einführung neuer Techniken werden die Arbeitnehmer nicht selten vor vollendete Tatsachen gestellt, Rationalisierungsmaßnahmen werden oftmals ohne Berücksichtigung zusätzlicher Belastungen für die Arbeitnehmer vorangetrieben.

Wenn ich dies kritisiere, so nicht deswegen, weil ich mich gegen neue Techniken und prinzipiell gegen Rationalisierung aussprechen will. Wir Gewerkschafter wissen zu gut, daß neue Techniken, daß rationelles Arbeiten über den Weg der Erhöhung der Produktivität eine der Grundlagen für höhere Löhne und längeren Urlaub ist. Auf der anderen Seite wissen wir aber auch: Neue Techniken, Rationalisierungsmaßnahmen schlechthin können jedes Betriebs-

klima vergiften. Sie werden sogar schlichtweg unvertretbar, wenn sie Hals über Kopf eingeführt werden und die Prüfung der Frage, inwieweit sie sozial verträglich sind, draußen vorbleibt.

Gerade in einer Zeit, in der die Arbeitgeber fleißig dabei sind, die Beschäftigungskrise gegen eine Humanisierung der Arbeitsbedingungen auszuspielen, zeigt sich, wie wichtig es ist, daß wir Betriebs- und Personalräte haben, daß Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten sitzen. Wenn jemand für den Schutz der Arbeitnehmer vor nachteiligen Folgen von Rationalisierungsmaßnahmen sorgt, dann sind es im Rahmen ihrer Möglichkeiten neben den Gewerkschaften als Tarifvertragspartei doch die Betriebs- und Personalräte, die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten.

V.

Mit dieser Feststellung, liebe Kolleginnen und Kollegen, berühre ich das Thema der Mitbestimmung. Wenn ich auf dieses Thema zu sprechen komme, so muß ich vorweg in aller Nüchternheit feststellen: Die gleichberechtigte Mitbestimmung, vor über dreißig Jahren in der Montanwirtschaft aufgrund des einmütigen Willens der Berg- und Stahlarbeiter gesetzlich gesichert, ist den Reformgegnern seit eh und je ein Dorn im Auge. Aber welches gewerkschaftliche Recht, welches Schutzrecht für den einzelnen Arbeitnehmer überhaupt wäre den Reformgegnern und manchen Unternehmern zumindest zeitweise kein Dorn im Auge? Die Unternehmer wissen zu gut: Gleichberechtigte Mitbestimmung steht ihrer Anmaßung im Wege, über Sachen und Menschen in Betrieb und Unternehmen alleine zu verfügen.

Dem setzen wir entgegen: Wir wollen die Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit, und diese Gleichwertigkeit setzt voraus, daß Arbeitnehmer, die von ihrer Arbeit abhängig sind, gleichberechtigt an Entscheidungen über ihre Arbeit beteiligt werden.

Wir haben in den letzten sechs Jahren in der Mitbestimmungspolitik so etwas wie Stillstand zu verzeichnen. Ursache dafür ist nicht unsere Zufriedenheit mit dem Gegebenen oder ganz und gar Schlafmützigkeit; nein, die Mehrheitsverhältnisse in der politischen Arena spielen eine Rolle, und die Mehrheitsverhältnisse haben - das sei ausdrücklich angemerkt - auch etwas mit dem Wahlverhalten von Arbeitnehmern und ihren Familien zu tun.

Das Mitbestimmungsgesetz aus dem Jahre 1976 hat zwar mehr Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräte gebracht, aber zugleich die Rechte dieser Aufsichtsräte beschnitten. Mit der Einbeziehung leitender Angestellter als beson-

derer Gruppe wurde ein Spaltpilz in die Belegschaften gesetzt. Im Jahre 1981 schließlich hat der Bundestag mit der Änderung der Gesetze über die Montanmitbestimmung das Siechtum der Montanmitbestimmung hingenommen.

Und die Unternehmer? Sie stehen gewissermaßen am Krankenbett der Montanmitbestimmung und scheinen es zufrieden zu sein, ja, einige versuchen, kräftig nachzuhelfen, der Montanmitbestimmung, wo immer es geht, auch vorzeitig den Tod zu bereiten. Ich halte das für ganz und gar unverständlich; denn es sollte doch jedermann einleuchten, daß es in der Tat seine guten Seiten hat, wenn die Gewerkschaften gerade auch in der Wirtschafts- und damit Beschäftigungskrise durch ihre Forderung nach gleichberechtigter Mitbestimmung zugleich ihre Bereitschaft bekunden, auch Mitverantwortung zu tragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem Beschluß zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik hat der Münchner Parteitag der SPD festgestellt. „Nur die uneingeschränkte Parität zwischen Arbeitnehmer- und Kapitaleseite in den Großunternehmen ist eine hinreichende Garantie dafür, daß sich technologische Veränderungen und Strukturwandel nicht einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer vollziehen.“ Ich möchte diesen Beschluß des SPD-Parteitags ausdrücklich begrüßen und die Zuversicht äußern, das SPD-Parteivorstand, SPD-Fraktion und sozial-liberale Koalition erneut einen Anlauf zur gesetzlichen Verankerung der gleichberechtigten Mitbestimmung unternehmen. Und ich will hinzufügen: Wir wären nicht böse darüber, wenn sich die Opposition daran beteiligte!

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten uns nicht auf guten Willen und etwa neue Einsichten bei anderen verlassen. Die Mitbestimmungsinitiative, die der DGB-Bundesvorstand als breit angelegte Kampagne beschlossen hat, sollte dazu dienen, noch mehr als bisher allen Arbeitnehmern in unserem Land die Notwendigkeit der gleichberechtigten Mitbestimmung einsichtig zu machen. Wenn ich dies sage, so meine ich nicht nur die Mitbestimmung auf Unternehmensebene; ich meine auch und gerade die Ebenen, die für den Arbeitnehmer an jedem Arbeitstag die Realität darstellen: den Arbeitsplatz und den Betrieb.

Für die Forderung nach gleichberechtigter Mitbestimmung haben wir gute Gründe und Argumente. Wer mit Kolleginnen und Kollegen in der Montanindustrie spricht, der braucht nicht lange nachzufragen, um zu erfahren, für wie wertvoll diese Kolleginnen und Kollegen die Montanmitbestimmung halten. Und wer mit Politikern, etwa in Nordrhein-Westfalen spricht, der braucht auch nicht lange nachzufragen, um zu erfahren, wie hoch an Rhein und Ruhr der

Wert der Montanmitbestimmung bei der Bewältigung einer Strukturkrise veranschlagt wird. Ich bin sicher, auf diesem Kongreß wird die Beratung der Anträge, werden die Beschlüsse der Öffentlichkeit deutlich machen: Der DGB geht mitbestimmungspolitisch erneut in die Offensive!

Bei dieser Offensive wollen wir erfolgreich sein, wir wollen erfolgreich sein in dem Sinne, daß die politischen Parteien in unserem Land wissen: Die Mehrheit der Wähler, die Arbeitnehmer sind überzeugt von der Notwendigkeit und dem Wert der paritätischen Mitbestimmung. Die Mehrheit der Wähler, die Arbeitnehmer messen vor ihrer Wahlentscheidung die politischen Parteien unter anderem maßgeblich an dem, was sie mitbestimmungspolitisch auszusagen haben und durchzusetzen bereit sind. Das wird nicht von alleine gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir werden eine ganze Menge Arbeit haben, wenn wir das Ziel erreichen wollen.

VI.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Abbau der Arbeitslosigkeit, nicht Verschlechterung, sondern Verbesserung der Arbeitsbedingungen, paritätische Mitbestimmung, das sind drei hauptsächliche Aufgaben unserer Arbeit in den nächsten Jahren. Eine weitere Aufgabe kommt sicher wieder hinzu: die Abwehr von gravierenden Einschnitten ins vielzitierte Netz der sozialen Sicherheit.

Jeder in diesem Saal weiß, wie angespannt die Situation der öffentlichen Haushalte ist. Jeder in diesem Saal weiß, daß sich Bund, Länder und Gemeinden nicht bis über die Halskrause verschulden können. Jeder in diesem Saal weiß außerdem: Jede Firmenpleite, jeder Arbeitslose mehr bedeutet Mindereinnahmen und steigende Ausgaben für soziale Zwecke. Daraus hat der Deutsche Gewerkschaftsbund den Schluß gezogen und gefordert: Bringt ein Beschäftigungsprogramm auf den Weg. Packt mit einem Beschäftigungsprogramm das Übel an der Wurzel, sorgt für mehr Arbeitsplätze, sorgt für mehr Arbeit!

Ich sagte bereits: Der DGB hat nicht nur das Beschäftigungsprogramm vorgeschlagen, er hat zugleich gesagt, wie ein solches Programm nach seiner Vorstellung finanziert werden könnte. Kaum war der DGB-Bundesvorstand mit diesen Vorschlägen zu Gesprächen mit Parteien, Fraktionen des Bundestages, der Bundesregierung und dem Bundesrat unterwegs, da waren auch schon die eingefleischten Gegner eines solchen Programms zur Stelle. Sie ließen nichts unversucht, diesem Programm das ebenso fadenscheinige wie polemisch gemeinte Etikett „Zuviel Staats- und zuwenig Privatinitiative“ umzuhängen. Sie

nahmen außerdem die vom DGB vorgeschlagene Finanzierung zum Anlaß, das altbekannte hohe Lied auf die Grenzen der steuerlichen Belastbarkeit höherer und hoher Einkommen zu singen.

Nichtsdestoweniger können auch diese Damen und Herren aus Unternehmerkreisen und aus neokonservativen Kreisen in der Politik nicht der Frage ausweichen, wie es denn um Rezepte bestellt ist, Firmenpleiten zu verhindern, Wachstum zu fördern und Haushaltsdefizite abzubauen. Ihr Rezept ist einfach: Sie, sofern es sich um Unternehmer handelt, richten ihren Blick auf ihre Bilanzen und klagen, die Sozialkosten seien zu hoch, was doch nichts anderes heißen kann, als daß es nach Auffassung dieser Unternehmer höchste Zeit wird, Sozialgesetze zu verschlechtern. Und die Neokonservativen in der Politik? — Ihnen ist dieses auf Abbau der Sozialgesetze gerichtete Klagen der Unternehmer außerordentlich willkommen, denn schon immer waren sie der Meinung, daß sich der Staat verausgabt, wenn er Geld für die soziale Sicherung ausgibt. Das heißt unter dem Strich: Hier versuchen Unternehmer und neokonservative Kräfte in der Politik, die wirtschaftliche Krise und die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte für ihre anti-sozialen Zwecke auszunutzen. Für uns Gewerkschafter gibt es keinen Zweifel: Eine solche Politik stößt auf den erbitterten Widerstand der arbeitenden Menschen in diesem Lande! Eine solche Politik stößt auf den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften in unserem Land. Schließlich haben die Gewerkschaften am Auf- und Ausbau des Sozialstaates nicht mitgewirkt, um jetzt, wenn in der Krise sozialstaatliche Leistungen sich tatsächlich bewähren müssen, diesen Sozialstaat Zug um Zug wieder preiszugeben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In die Zukunft einfach optimistisch zu blicken, wäre Selbstbetrug, und Selbstbetrug können wir uns in unser aller Interesse nicht leisten. Nur pessimistisch in die Zukunft blicken, wäre ebensowenig gerechtfertigt. Gefragt war, gefragt ist, gefragt bleibt: Realitätssinn. Realitätssinn hat zweierlei zum Inhalt: einmal die schonungslose Analyse dessen, was ist und was sich daraus für die Zukunft ergeben könnte, zum zweiten die Einsicht in das, was zur Bewältigung von Problemen möglich ist und was nicht.

Was möglich ist und was nicht: Die Erkenntnis, daß eine Mark nicht zweier- oder dreimal ausgegeben werden kann, ist ebenso richtig wie alt. Nur, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gewinnt diese Erkenntnis einen höheren Stellenwert. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten verbindet sich diese Erkenntnis allerdings mit der wichtigen Frage, wie die Mark, die nur einmal ausgegeben werden kann, richtig, das heißt sozial so gerecht wie möglich und damit verteilungspolitisch vertretbar ausgegeben wird.

In diesem Zusammenhang eine Anmerkung: Wir hören derzeit von allen politischen Parteien, die Lohnabschlüsse in diesem Jahr seien als maßvoll und verantwortungsbewußt zu bewerten. Das wird gesagt mit Blick auf Wirtschafts- und Beschäftigungskrise. - Wenn also, so muß ich schlußfolgern, insofern die Gewerkschaften und damit die Arbeitnehmer erneut ihren Beitrag geleistet haben, dann ist es doch hoch an der Zeit, daß in Richtung Investitionen und Beschäftigungsprogramm auch andere ihren Beitrag leisten. Dies doch wohl um so mehr, als wir mit in der Regel zwölfmonatigen Laufzeiten der Lohn- und Gehaltstarifverträge im Grunde genommen alleine das Risiko dafür übernehmen, daß auch noch nach 12 Monaten die den Abschlüssen zugrunde liegenden Annahmen über zum Beispiel die Preisentwicklung noch stimmen und Preiserhöhungen nicht neue Löcher in die Haushaltskassen der Arbeitnehmer reißen. Wer legt sich denn noch für 12 Monate so eindeutig fest, wie wir das mit unseren Tarifverträgen tun?

VII.

Analyse dessen, was ist und was in der Zukunft daraus werden könnte: Ich gehe davon aus, daß die Elektronik in der Zukunft weitaus mehr als bisher Produktionsabläufe und Dienstleistungsangebote bestimmen wird. Rationalisierungseffekte mit der Gefahr des Verlustes von Arbeitsplätzen können und werden die Folge sein, aber auch Förderung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft und damit neue Absatzmärkte mit der Chance für mehr Aufträge und mehr Beschäftigung. Unsere Forderung lautet: Ein Rationalisierungsschutz muß her, der verhindert, daß von heute auf morgen Leute wegen der Einführung neuer Techniken auf der Straße stehen; Ausbildungs- und Fortbildungsprogramme müssen her, die für den Umgang mit den neuen Techniken rechtzeitig qualifizieren.

Und ein anderes ist in diesem Zusammenhang gesellschaftspolitisch von Bedeutung: Auf der Basis von Elektronik und neuer Technik wird sich die Medienlandschaft in unserem Lande verändern. Die Rede ist von Verkabelung, von Glasfasertechnologie, von der Möglichkeit, eine große Zahl von Rundfunk- und Fernsehprogrammen über ein Kabel zu transportieren, wenn es sein muß, bis in jede Wohnung. Kein Zweifel: Mit solchen Möglichkeiten stellt sich konkret die Frage nach der Zukunft des öffentlich-rechtlich verfaßten Rundfunk- und Fernsehsystems in unserem Land. Kein Zweifel auch: Der DGB wird dieser Frage nicht nur seine besondere Aufmerksamkeit auch weiterhin widmen müssen, er wird auch weiterhin für die Erhaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsystems eintreten.

Analyse dessen, was ist und was in der Zukunft daraus werden könnte: Wir müssen davon ausgehen, daß einige unverbesserliche Arbeitgeber und Neokonservative in der Politik von ihrem Versuch nicht ablassen werden, Beschäftigungskrise und sozialstaatliche Leistungen gegeneinander auszuspielen. Unsere Antwort darauf ist zunächst ein Appell: Hände weg vom Sozialstaat! Wer sich vergreift an sozialstaatlichen Prinzipien, der schwingt die Axt gegen Grundgesetz und Selbstverständnis unseres Staates! Das werden wir nicht hinnehmen.

Analyse dessen, was ist und was in der Zukunft daraus werden könnte: Ich fürchte, die Arbeitgeber werden ihre Versuche fortsetzen, die Beschäftigungskrise gegen die Arbeitsbedingungen auszuspielen. Unsere Antwort kann nur lauten: Sind schon Berichte alarmierend genug, unter Hinweis auf möglicherweise drohenden Verlust des Arbeitsplatzes greife in Betrieben und an Arbeitsplätzen Disziplinierung um sich, so gibt es für mich keinen Zweifel, daß die Tarifpolitik der Gewerkschaften nicht nur diesem Treiben Einhalt gebieten, sondern zugleich deutlich machen muß: Wer glaubt, daß Gewerkschaften auch und gerade angesichts der Beschäftigungskrise in Sachen Humanisierung der Arbeitsbedingungen eine Kapitulationsurkunde unterschreiben, der könnte erleben, daß er den Kampfeswillen der Gewerkschaften in unserem Land gründlich unterschätzt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In wirtschaftlich schwierigen Zeiten wird immer wieder gerne das sogenannte Gemeinwohl beschworen. Dabei bleibt zumeist aber unklar, was unter dem Begriff des Gemeinwohls konkret zu verstehen ist. Für uns Gewerkschafter gibt es keinen Zweifel: Gemeinwohl ist für uns das Wohl der arbeitenden Menschen und ihrer Familien und damit das Wohl der großen Zahl der Bürger in unserem Land. In diesem Sinne sehen wir Gewerkschafter uns auch und gerade dem Gemeinwohl verpflichtet.

Die drängenden und bedrängenden sozialen Probleme unserer Zeit sollten auf allen Seiten ein Verhalten möglich machen, das auch von Rücksichtnahme bestimmt ist. Dabei wird den Schwächsten und Bedürftigsten das höchstmögliche Maß an Rücksichtnahme zu gewähren sein.

Wir neigen gewiß nicht dazu, schwierige und für uns möglicherweise nachteilige wirtschaftliche Fakten zu ignorieren; vielmehr schätzen wir solche Fakten durchaus nüchtern ein - und dies nicht nur kurzfristig. Zu dem, was sich als Schlußfolgerungen aus einer solchen nüchternen Einschätzung ableiten läßt, sei allerdings deutlich angemerkt: Die Grenze dafür, was wir als Gewerkschaften können oder nicht können, zieht das Vertrauen unserer Mitglieder - und sonst nichts! Dieses Vertrauen dürfen wir weder kurz-, mittel- noch langfristig

enttäuschen. Maßgebliche Voraussetzung für dieses Vertrauen ist die - uns gewohnte - offene Diskussion und in Verbindung damit die gegenseitige Glaubwürdigkeit.

Zur gegenseitigen Glaubwürdigkeit gehört zweifellos auch Offenheit, Offenheit nicht nur zuletzt über Zusammenhänge und Verhaltensweisen, die Zeitungen und Zeitschriften bis in die Tage dieses Kongresses hinein Gelegenheit zu gewiß nicht immer von Wohlwollen bestimmten Darstellungen gegeben haben. Kein Zweifel: Da gibt es für uns noch einiges zu tun. Ich meine, wir sollten am Ende nichts, aber auch gar nichts zu verbergen haben!

Wir würden sonst unfähig zu solidarischem Handeln, zu solidarischem Handeln, dessen wir dringender bedürfen denn je. Ohne die Fähigkeit zum solidarischen Handeln werden wir uns bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht durchsetzen können. Ohne die Fähigkeit zum solidarischen Handeln werden wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht gewinnen können. Also handeln wir solidarisch! - Ich danke Euch.